**Musterbrief an Bürgermeister\*innen von Einzelpersonen oder örtlichen Initiativen, um für die Unterzeichnung des Aufrufs #FamilienGehörenZusammen zu werben**

Betreff: Bitte Aufruf zu Familiennachzug unterzeichnen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin…../ Herr Oberbürgermeister …

im Bundestagswahlkampf ist ein Thema, das *gerade die Kommunen/das auch uns hier in …. betrifft*, leider aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden: die erzwungene Trennung von Flüchtlingsfamilien, bei der Vater, Mutter oder Kind bereits in Deutschland wohnt, die Angehörigen jedoch noch in der gefährlichen Heimat leben oder auf der Flucht sind. Tausende Familien sind zerrissen, in vielen Fällen bereits seit Jahren. Verzweifelte Erwachsene und Kinder warten in Lagern zum Beispiel in Griechenland, in der Türkei und an anderen Orten.

Denn derzeit dauern die Verfahren meist jahrelang, oft müssen die Angehörigen schon viele Monate bis zu über einem Jahr warten, um überhaupt erst einmal einen Termin bei einer deutschen Auslandsvertretung zu bekommen.

*[Falls Sie in Ihrem Ort von einem konkreten Beispiel wissen: Auch bei uns wartet ….. seit …-Jahren auf seine Familie/Eltern……. Gern kommen wir mit … zu Ihnen, damit er/sie Ihnen persönlich von seinem/ihrem Schicksal berichten kann]*

*[Oder auf Medienberichte aus der Umgebung hinweisen, usw…]*

In Deutschland warten minderjährige Geflüchtete sehnsüchtig darauf, ihre Eltern wieder umarmen zu können. Väter, die einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, bangen um das Wohlergehen ihrer Frauen und Kinder, die in Kriegsgebieten oder überfüllten Flüchtlingslagern an Europas Außengrenzen ausharren.

**Deshalb ist das Engagement für den Familiennachzug auch auf lokaler und regionaler Ebene besonders wichtig.** Denn diese jahrelange Trennung ist nicht nur grausam und widerspricht dem Grundgesetz, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung stehen. Sie ist auch schlecht für das Einleben der betroffenen Menschen in unseren Kommunen: Die ständige Sorge und Angst um die Angehörigen zermürben und behindern die Integration der allein lebenden Väter, Mütter und Kinder in Sprachkursen, Schule, Ausbildung oder am Arbeitsplatz.

Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL hat die Aktion (Link) #FamilienGehörenZusammen – gestartet. *[Falls Ihre Initiative schon unterzeichnet hat: Wir haben schon unterzeichnet!]*  **Und wir bitten auch Sie, den dazugehörigen Aufruf (Link) zu unterzeichnen** - so wie schon mehr als zehn ihrer Kollegen, (Ober-)Bürgermeister aus unterschiedlichen Parteien, und mehr als 200 zivilgesellschaftliche Organisationen – von zum Beispiel den bundesweiten Verbänden von Caritas, Diakonie, Paritätischem Wohlfahrtsverband, AWO und Kinderschutzbund über evangelische Landeskirchen bis hin zu Flüchtlingsräten und vielen regionalen und lokalen Gruppen und Initiativen. Seitdem haben einige weitere unterzeichnet. Wenn Sie den Familiennachzug für Geflüchtete unterstützen wollen: Das Einscannen einer Signatur ist nicht nötig, schicken Sie eine E-Mail an familie@proasyl.de, und Sie werden in die Liste mit aufgenommen.

Damit setzen Sie sich dafür ein, dass bereits geltende Gesetze umgesetzt, die Visa-Verfahren beschleunigt (vor allem digitalisiert), die Bearbeitung nach Deutschland verlagert sowie subsidiär Geschützte wieder gleichgestellt werden. Da die Geflüchteten nicht in Staaten wie Syrien, Afghanistan und Eritrea zurückkehren können, muss die Familie in Deutschland zusammenkommen können.

Beim Familiennachzug sollte der Unterschied zwischen subsidiär geschützten Menschen und GFK-Flüchtlingen wieder aufgehoben werden. Subsidiär Geschützte – zum Beispiel Syrer, die vor Krieg, Terror und Folter fliehen – müssen mit GFK-Flüchtlingen (die zum Beispiel aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden und nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden) rechtlich gleichgestellt werden. Der Bundestag hatte leider 2016 das Recht auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte für zwei Jahre ganz ausgesetzt und dann zum 1. August 2018 durch folgende Regelung ersetzt: Monatlich können bis zu 1.000 Angehörige nach Deutschland ziehen, aber selbst das ist kein Rechtsanspruch.

Zudem müsste das Auswärtige Amt eine digitale Antragstellung der Visumsanträge ermöglichen und das Verfahren zum Familiennachzug stärker nach Deutschland verlagern. Anstatt bei den unterbesetzten Auslandsvertretungen könnten Anträge auf Familiennachzug direkt im Auswärtigen Amt bearbeitet werden, und auch lokale Ausländerbehörden könnten durch das Vorabzustimmungsverfahren frühzeitig eingebunden werden. All das würde die unerträglichen Wartezeiten enorm verkürzen und funktioniert bereits bei zugewanderten Fachkräften so, die ihre Familien nachholen.

Auch dürfen minderjährige Geschwisterkinder nicht länger vom Familiennachzug ausgeschlossen werden: Wenn ein Kind oder Jugendlicher allein in Deutschland lebt, muss er oder sie das Recht haben, sowohl seine Eltern als auch seine Geschwister zu sich holen zu können. Denn jetzt stehen Eltern vor der Entscheidung, welche Kinder sie allein lassen: entweder ihre Kinder im Ausland oder das Kind in Deutschland.

Informationen dazu finden Sie unter www.proasyl.de/thema/familiennachzug auf der Homepage von PRO ASYL.

Lassen Sie uns gemeinsam für die getrennten Familien in unserer Kommune eintreten!

Mit freundlichen Grüßen

 *[Falls Sie zusammen Veranstaltungen planen möchten:*

*Die PRO ASYL-Kampagne zum Recht auf Familiennachzug  für Geflüchtete soll in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus laufen. Wir könnten auch gemeinsam dafür eintreten, dass das Leid der getrennten Familien wieder wahrgenommen und beendet wird. Zum Beispiel mit Aktionen zur Interkulturellen Woche, an der unser Ort ….. ja schon seit vielen Jahren teilnimmt. In diesem Jahr läuft die IKW vom 26. September bis 3. Oktober mit dem Tag des Flüchtlings am 1. Oktober.  Das Motto #offen geht bietet viele Anknüpfungspunkten für Veranstaltungen zur Familienzusammenführung. Informationen dazu auf  der* [*Homepage der IKW*](https://www.interkulturellewoche.de/index.php/) ]